

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher: Amt Sühnow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Der Volksstaat.

Winterstürme jagen durch das Land. Sie treiben den rauhen Frost durch Bäume und Gestrüpp; eisige Kälte frißt sich ein in die Rinden und Zweige, aber doch kann sie nicht bringen den Tod. Sie lebt, die Natur, sie lebt weiter; sie schlummert nur, um zu erwachen zu neuem Sein, wenn die Sonne sie wieder weckt mit herzhaftem Lenzeskuß.

So ist's gewesen seit Ewigkeit. Ein ewiges Auf und Ab, Vorwärts und Nieder, Blühen und Verblühen, doch das Resultat all dieser Abordnungsprozesse war stets ein Vorwärts. Nie zeigte die Natur im Wechsel der Zeiten dasselbe Bild. Immer ein Neues wurde sie, immer ein anderes. Immer modifizierter und differenzierter, immer vielgestaltiger, immer feiner geartet wurde ihr Wesen, bis sie wurde zu dieser komplizierten Art der Gegenwart mit Baum und Strauch und Tier und Mensch.

Und auch durch die Menschheit wehten die kalten Stürme der Vernichtung. Sie setzten hinweg so manche Kultur, so manches Menschengeschlecht und doch blieb stets als Siegerin zurück die Entwicklung. Die Kultur, die geworden, wurde übernommen von anderen Völkern, wurde von anderen Gemeinschaftsformen weitergepflegt. Der Wintersturm des einen Volkes brachte im anderen Lande den Sommerfrühling.

Aus dem Frühling aber wird nur sommerliche Reife, wenn jedes Samenkorn, wenn jede Blütenknospe sich frei entfalten kann. Dem treibenden Seelen- und Geistesleben im Menschen aber war bis jetzt noch zu allen Zeiten vorenthalten das lachende, belebende, aufweckende Sonnenlicht der Freiheit und darum war die freie Entfaltung des seelischen und geistigen Lebens abennmt. Weil ohne Freiheitssonne war das Zusammensein winterlich kalt.

Aber wie die Sonne in sieghafter Kraft seit Ewigkeit der Entwicklung immer wieder eine freie Gasse bahnte, so hat auch das sonnige, warme drängende Herz der freiheitssehnenenden Brust des Volkes jetzt die kalten Fesseln gelprengt und ein freies, aufweckendes, entwicklungsförderndes Licht strahlen lassen über das ganze Zusammensein unserer Volksgemeinschaft.

Neue Vielgestaltigkeit, weitere Differenziertheit war, so haben wir, stets das Charakteristikum des fortschreitenden Naturwerdens. Eine neue Differenziertheit ist es auch, die der neu gewordenen Art unseres Volkszusammenlebens das Gepräge gibt. Sie schlummerte schon lange in unserer Volksseele, diese Vielgestaltigkeit der Volksnatur. In jedem einzelnen war sie geworden zu einem Trängen und Streben nach freier ureigener Art des persönlichen Selbst. Aber eine einseitige kalte Gewer-

schaftskultur unterdrückte das reifgewordene persönliche Sein, wie die Kälte der Winterzeit das aufstrebende Knospen in Blume und Baum, bis die vereinte Kraft der freien Herzen jetzt mächtiger wurde als die kalte alte Gewalt und sie zur neuen Sonne wurde einer freien, natürlichen, vielgestaltigen Entwicklung, eines neuen Lebens, das der natürlichen Differenziertheit des Menschenseins zum Rechte verhilft.

Und das ist es, was uns für unsere neue Zeit den Beweis der Natürlichkeit bringt, den Beweis natürlicher Notwendigkeit und damit natürlicher Sittlichkeit und was uns verbürgt den Beginn einer neuen geistig-sittlichen Epoche in der Entwicklung der Menschheitsnatur: die freie Differenzierung aller Teile. Die freie Persönlichkeit im Menschen ist auferstanden.

Frei ist nun der Mensch. Ausleben kann er sich mit seinem inneren Ich; frei kann er entfalten seine persönlichen Werte. Und da dieses ganze seelische und geistige innere Trängen gerichtet ist auf ein neues Ziel: die Hinaufführung des Ganzen zum Gemeinschaftsallied, so gibts, wenn auch äußerlich vielfach Zweispaltigkeit vorhanden scheint, doch in der großen Uebereinstimmung nur eine große Harmonie. Das Streben nach Einheitsglied von freien Menschen ist das einengende Band, das alle umschlingt und alle macht zu einer Gemeinschaft von freien Schwestern und Brüdern.

Und das eröffnet uns einen Zukunftsblick von höchster, erhabenster Schönheit. Das Gefühl freier Brüderlichkeit läßt uns ahnen ein baldiges Reifen jener Idee, die den edelsten Menschen in allen Völkern stets die höchste erschien. Die Liebe des Menschen zum Menschen hat jetzt endlich bekommen den Boden, in dem sie reifen kann zu unfaßendster, sonnigster Art.

Vergebens war das Predigen über Liebe und Brüdertum in grundloser Theorie von oben herab; von unten herauf hat jetzt das schaffende Volk, durch unsere unermüdete Organisationsarbeit reif gemacht, jener größten Idee den Boden geebnet und den Weg gebahnt. Als glänzender, weiter anstrebender Erfolg unserer Aufklärungsarbeit beginnen jetzt endlich am fernen Horizonte der Naturentwicklung zu glühen die ersten rosigen Strahlen einer neuen sittlichen Sonne der Weltverdingung und mehr und mehr wird blühen das neue Leben im warmen Sauch einer alles einenden Liebe.

Dr. Gustav Hoffmann.

Unser Verband am Schlusse des 52. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. Dezember 1918.)

Der letzte Kriegsmonat brachte uns einen ungeheuren Mitgliederzuwachs, so daß wir am Schlusse des November die staatliche Zahl von 53 896 verzeichnen konnten. Unsere Gesamtzunahme beträgt mithin seit Ausbruch des Krieges einschließlich der Zwangsverpflichteten 25 034. Das ist schätzenswert zum größten Teil auf die durch die Revolution geschaffenen ganz neuen Verhältnisse zurückzuführen. Auch die uns bisher fernstehenden Gemeindeglieder haben, einsehen gelernt, daß ihnen nur der Anschluß an die freie gewerkschaftliche Organisation eine Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse ermöglicht, ohne bedürftig zu müssen, daß ihnen seitens der vorgesetzten Behörden hierbei irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gesetzt werden können. Die aus dem Heide zurückkehrenden Kollegen finden also reiches Arbeitsfeld.

Weiter wurden uns auch noch im Berichtsmonat 37 Kollegen als Verfall gemeldet, so daß wir insgesamt den Verlust von 2819 direkten Kriegseisernen zu verzeichnen haben.

An Angehörigen der Kriegseiserner hatten wir noch 18 873 Frauen und 36 001 Männer, deren Zahl sich natürlich auch täglich vermindert. Wir hatten ferner im November 130 männliche und 31 weibliche Arbeitslose, die eine Unterstützung von 393,95 RM. bezogen. An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt 25 508,49 RM. (das sind 6162,25 RM. mehr als im Oktober); an Sterbeunterstützung 11 000,50 RM. (das sind 873 RM. weniger als im Vormonat) zur Auszahlung. Insgesamt betrug die Unterstützung 37 671,94 RM. also 5824,70 RM. mehr als im Oktober). Schließlich seien folgt die übliche Zusammenstellung:

Aufnahmetag	Mitgliederbestand	Neuaufnahmen	Mitglieder		Angehörige der Eingezogenen		Arbeitslose
			Zunahme	Abnahme	Frauen	Männer	
1. Juli 1914	54522	—	—	—	—	—	—
15. August 1914	41952	—	1910	—	8517	18001	531
1. Oktober	37174	—	2779	—	11508	22117	511
1. Januar 1915	34850	—	3600	—	12494	24070	523
1. April	31881	—	2395	—	14796	27893	201
1. Juli	29207	—	3345	—	16703	32677	72
1. Oktober	27844	—	2634	—	18137	36300	77
1. Januar 1916	26605	477	2513	—	19294	37759	232
1. April	26600	627	1985	—	19692	37714	158
1. Juli	27013	703	1116	—	20098	38444	56
1. Oktober	26190	555	1025	—	20845	40154	59
1. Januar 1917	25586	581	645	—	21500	41543	131
1. April	26380	1341	—	723	21847	42228	57
1. Juli	27498	1144	—	1872	21634	42069	40
1. Oktober	30149	1699	—	4573	21573	40801	25
1. Januar 1918	32225	1299	—	7392	21320	40543	100
1. Februar	33631	1216	—	7993	21594	40566	77
1. März	34600	1402	—	9016	21467	40258	58
1. April	35197	1601	—	9522	21414	40194	63
1. Mai	35695	1137	—	9892	21562	40015	68
1. Juni	36296	1134	—	10332	21152	39641	41
1. Juli	36483	1815	—	10553	21155	39584	40
1. August	36862	1040	—	10885	21042	39248	60
1. September	38062	1726	—	11989	20954	38884	27
1. Oktober	39754	2295	—	13688	20884	38731	87
1. November	40981	1772	—	14824	20767	38464	32
1. Dezember	53896	9884	—	25934	18873	36001	161

Stand unserer Organisation am 1. Dezember 1918.

Verbands-Nr.	Ort	Mitgliederszahl am				Neuaufnahmen		Mitglieder		Angehörige der Eingezogenen		Im November 1918 auf Kosten der Hauptkass. ausgezahlte Unterstützungen							
		Schluß des II. Qu. 1914	1. Dezember 1918			männlich	weiblich	Zunahme	Abnahme	Frauen	Männer	an Arbeitslose		an Kranke		in Sterbefällen	Gesamtsumme		
			Zu Familien	männlich	weiblich							RM.	Stk.	RM.	Stk.				
1	Berlin	9619	9104	6068	3036	964	1260	6162	—	4446	7871	246	50	4365	—	2135	—	6746	50
2	Brandenburg	1022	774	539	285	70	156	198	—	295	601	56	20	321	50	305	—	682	70
3	Bremen	2670	2182	1577	605	305	258	792	—	852	1590	—	—	366	25	90	—	456	25
4	Breslau	1360	6157	2629	3528	759	323	5630	—	705	1600	18	—	1837	25	490	—	2345	25
5	Dresden	3351	2644	2266	378	399	74	703	—	1110	1714	9	75	2310	75	1250	—	3564	50
6	Düsseldorf	2459	2814	2395	419	486	64	1324	—	410	713	—	—	1069	—	445	—	1514	—
7	Frankfurt a. M.	3109	3686	2802	884	509	14	2259	—	1333	2743	—	—	1873	25	362	—	2025	25
8	Hamburg	7075	4339	3601	738	—	—	1230	—	2716	4699	—	—	—	—	—	—	—	—
9	Hannover	1171	2084	1301	780	318	206	1423	—	416	870	—	—	983	75	460	—	1443	75
10	Königsberg	1192	1597	1318	279	721	240	1037	—	603	1208	—	—	792	75	75	—	837	75
11	Leipzig	3172	1730	1521	209	87	7	—	175	529	2014	88	25	1266	60	360	—	1664	75
12	Magdeburg	1596	2250	1939	314	406	164	1436	—	575	1164	—	—	1376	04	565	—	1941	14
13	Münster	1199	1102	953	146	37	93	158	—	394	583	—	—	1008	30	975	—	1083	30
14	Münchh.	3326	3229	2467	762	863	248	1345	—	1151	1705	—	—	1798	80	1192	50	2989	30
15	München	4154	4867	2909	1958	549	627	1912	—	957	2270	81	25	2454	60	700	—	3185	76
16	Nürnberg	2618	2148	1730	412	156	81	577	—	869	1617	—	—	1543	25	540	—	2083	25
17	Strasburg E.	1909	1059	989	70	18	—	—	96	654	1430	—	—	325	50	120	—	445	50
18	Stuttgart	2908	2037	1817	220	166	22	160	—	777	1518	—	—	2409	—	1855	—	3763	—
19	Einzelmitglieder	312	93	47	46	10	4	—	81	97	61	—	—	—	—	—	—	—	—
		54522	53896	38877	15019	6043	3841	25934	—	18873	36001	393	95	25868	49	11409	50	37671	94

Die Verflavung Deutschlands.

Unter diesem Titel bringt das „N. T.“ einen die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands betreffenden Artikel des Holländers Bland, dem wir im Auszuge folgendes entnehmen:

Während in England und in Frankreich offen auf den methodischen Wiederaufbau des Landes gerichtet ist, vollzieht sich in Deutschland jede öffentliche Maßnahme auf diesem Gebiet unter politischen Schwankungen und persönlichen und sachlichen Gegenwirkungen, die die Elemente eines modernen Wirtschaftsstaates orten. Als Hebel dient nicht über allem, was man aus Deutschland hört: „Politischer Kampf und wirtschaftlicher Zerfall.“ Der Kampf an nationaler Selbstsucht in diesem schweren Augenblick ist um so dröcker, als man ihn nur durch den Kampf an Verständnis für das, was Deutschland bedroht, erklären kann. Während die außerordentlichen, komplizierten politischen Forderungen aufgestellt, die führenden Reichsbeamten der Machtzentren geplant werden, besteht in Wahrheit alle Veranlassung dafür, daß sich jeder-

mann in Deutschland überlegt, welcher Reiz von freiem wirtschaftlichen Bestimmungsrecht, von Spielraum der Initiative ihm überhaupt bleiben wird, angesichts der Pläne, die Clemenceau und Lloyd mit Aussicht auf Erfolg zum offiziellen Programm der Allierten machen wollen. Das, was geplant ist, wird so tief in unser nationales Leben eingreifen, daß über die politische Zukunft Deutschlands sich erst nach Friedensschluß reden lassen wird und daß allein die Hauptfrage bleibt, in welchem Maß die wirtschaftliche Selbstständigkeit Deutschlands, jedes Deutschen, sich gegenüber den feindlichen Absichten wird behaupten können.

Die gegenwärtige Grundformel aller Unterhaltungen über das, was in Deutschland zu geschehen hat, ist einfach: „L'esclavage allemand“, auf deutsch: „Die Sklaverei für Deutschland.“ Man will die Deutschen Kriegsgefangenen bis zum Aufbau Belgiens und Kanakos als Grundbesitzer resp. mit anderen Deutschen Arbeitern ausnutzen, die sich dort, die reichsten oder weggewanderten Maschinen in Belgien und Frankreich sich aus der deutschen Industrie zurückholen, darüber hinaus neue Fabriken mit deutschem Material

haufen; weiter wird man die Kriegsschädigung so hoch ansetzen, daß man zu ihrer Sicherung sich zu den extremsten Forderungen für ihre Eintreibung berechtigt erklären kann. Das ist das Entscheidende. Man verwirft den Gedanken, die zu fordernde Kriegsschädigung einfach in Raten abzahlen zu lassen, man fürchtet ja auch in England für spätere Zeiten die belebende Wirkung, die sich aus dem intensiven Arbeitszwang, den die Zahlung der Entschädigungssummen Deutschland auferlegen wird, ergeben müßte. Man ist sich in Frankreich klar, daß die Kriegsschädigung nicht nur die Zahlkraft, sondern auch die Arbeitskraft Deutschlands treffen muß. Dafür ist allerdings Sklaverei der richtige Anreiz. Man geht in Paris zum Beispiel mit dem Plane um, die regelmäßigen Raten, die zu zahlen sind, nicht in runden Summen zu bestimmen, sondern die Uberschüsse gewisser Zweige der industriellen Tätigkeit Deutschlands sich erlauben. Rechnet man zum Beispiel mit einem konstanten Zinsfuß von 2 Proz. für die deutschen Unternehmungen, so würde der Uberschuß für die Entschädigungslast erarbeitet werden, ohne irgendwelche fördernde Rückwirkung auf diejenigen, die ihn erarbeiten — weder für die Arbeitgeber, noch für die Arbeitnehmer. Dieses System wäre noch gründlicher, als das der Materialleistungen, zum Beispiel in Eisenträgern oder Viehle. In Deutschland spricht man von einem möglichen Abfall der Rheinlande an Frankreich aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Wenn der einheitliche Komplex der Rheinlande, zu dem auch ein Teil Westfalens gehört und eventuell auch die Pfalz, zu Frankreich käme, so würde dieses bisher national völlig einheitliche Frankreich dualistisch werden. Die Vorstellung, daß es zu einem derartigen Dualismus käme, beschäufelt die Franzosen. Sie ist ihnen völlig unerträglich, und von ihrem Standpunkt aus auch schon bevölkerungspolitisch mit Recht.

Solch fundamentale Eingriffe werden erwogen. Man bedenke, nach den vorliegenden sehr direkten Nachrichten ist das Verlangen Frankreichs, ein unterdrücktes, dauernd gelähmtes Deutschland zu leben, mehr als lebensfähig. Ein Zweites kommt hinzu: die Aufgaben Deutschlands werden die Lebenshaltung des deutschen Arbeiters im selben Maße drücken, wie die Lebenshaltung des französischen Arbeiters durch sie gehoben wird. Das zerstört die internationale Solidarität der Arbeiterklasse. Es ließe sich einwenden: Wir wissen nichts darüber, wie England und Amerika sich zu Clemenceaus Plänen stellen, und sie können in dieser Form nicht mit ihnen einverstanden sein. Für England ist aber die Hauptfrage beim Friedensschluß die „Arbeitslosigkeit“, wie es sie auffaßt. Der Peinstand Frankreichs in dieser Angelegenheit gegen Amerika ist für England sehr wertvoll. Kann sich England mit Amerika nicht einigen, dann würde es Frankreich auf dem Kontinent eine erhebliche Selbständigkeit lassen, um es als Bundesgenossen gegen Amerika zu gewinnen. Daß Frankreich, wenn es diese Hand bekommt, die oben dargestellten Pläne vorbringen wird, daran ist wenig zu zweifeln. Angesichts dieser Monstration ist es also keineswegs unübertrieben, daß Frankreich für seine Pläne sich die freie Hand bekommt.

Was geschieht in Deutschland, um den Stof, der mit den Friedensbedingungen gegen uns geführt werden wird, aufzufangen? Können die vernünftigen Elemente unter unseren Feinden behaupten, daß unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sich erhält und unsere politische Selbständigkeit daher der Entschädigungsfrage nicht geopfert werden darf? Können diese vernünftigen Leute den Nachweis führen, daß die industrielle und wirtschaftliche Struktur Deutschlands nach alle Bedingungen erfüllt, um unter Wirtschaftshinblicken und selbst maßlosen Forderungen unter Bewahrung unserer Selbständigkeit nachzukommen? In diesen Fragen liegt die Zukunft Deutschlands, außerpolitisch und innerpolitisch. Erhält sich die deutsche Arbeitskraft gegenüber jeder Forderung selbständig und selbständig, so erhält sich auch unter politischer Selbstbestimmung. Wird sie unter politischen Streitigkeiten und verwirrten Annahmen in ein fremdes Element vernachlässigt, so wird Deutschland in eine Abhängigkeit von seinen Gläubigern geraten, die ihm zugleich auch keine nennenswerte politische Vertiefung für sich selbst mehr erlauben wird. Wir stehen also vor einer einfachen Wahl: Erhaltung unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und, daraus folgend, Erhaltung des unter den gegebenen Bedingungen erreichbaren Maximums an politischer Selbstbestimmung, oder gerade wirtschaftliche und infolgedessen politische Kämpfung.

Das mögen die bürgerlichen Elemente bedenken, die bereits offen und geheim mit der Monarchrevolution herabzulegen; aber auch die Putschisten, deren Treiben zur Anarchie führt.

Aus unserer Bewegung

Erfurt. Am 7. Dezember hielt unsere Filiale eine gut besuchte Versammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Pawlik, verlas das Protokoll von der letzten Betriebsbesprechung. Kollege Seyper sprach zunächst die Verhältnisse in Deutschland kurz vor der Revolution und die Ursachen, die zu dieser weltgeschichtlichen Umwälzung geführt haben. Aus dem Vortrag konnte man ersehen, wie geschlossen die städtischen Arbeiter hinter der Revolution stehen und auch gewillt sind, ihre Sache zu verteidigen. Einem Referat über die städtischen Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie über die allgemeine politische Lage folgte eine lebhafte Aussprache. Hauptächlich sind es die schmutzigsten und ungesundesten Arbeiten, die am schlechtesten bezahlt werden und bei denen die längste Arbeitszeit herrscht. Zum Beispiel bei der städtischen Abfuhrverwaltung. Kollege Püchner brachte folgende Resolution ein: „Die heute versammelten Arbeiter sämtlicher städtischen Betriebe geloben, die Errungenschaften der Revolution noch weiter auszubauen und auch zu verteidigen. Wir stellen uns geschlossen hinter den Arbeiter- und Soldatenrat und werden jeden Versuch der Reaktion, unsere Sache anzugreifen, mit allen uns zutehenden Mitteln zu verhindern suchen.“ Ferner wurden folgende Forderungen gestellt: Einführung des Achtstundentages; Erhöhung der Löhne; Abschaffung der Leberstunden; sollten sie aber zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Betriebe unbedingt notwendig sein, so sind sie mit einem Zuschlag von 50 Proz. Nachtarbeit mit 75 Proz. zu bezahlen. Ferner sind alle die Personen, die auf Grund des Hilfsdienstgesetzes bei der Stadtverwaltung eingestellt sind, und zu Hause einen eigenen Wirtschaftsbetrieb haben, zu entlassen und durch andere zu ersetzen. — Mit der Aufforderung, fest an der Organisation zu halten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Offenbach a. Main. Die in der Stadtverordnetenitzung am 21. November bewilligte Feuerungszulage für Beamte, Lehrer, Arbeiter, Bureauhilfsarbeiter sowie Aube-, Witwen- und Waisenkindergeldempfänger machte die Einberufung einer öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter dringend nötig. Der Referent, Stadtd. Professor Hamann, erläuterte die Vorlage des näheren. Es handelt sich um den Rest der vor kurzem bewilligten Feuerungszulage. Damals wurden abschlägig 600 000 Mk. bewilligt, jezt kommen dazu 873 300 Mk., so daß diese einmalige Feuerungszulage (zu der laufenden) der Stadt rund 1 473 000 Mk. kostet. — Die öffentliche Versammlung tagte am 6. Dezember im „Rheinischen Hof“. In der sehr stark besuchten Versammlung sprach zunächst Kollege Schmeper die gegenwärtige Lage und dankte den so zahlreich Erschienenen für den guten Besuch. Dieks sprach Gausleiter K. Gold und führte u. a. aus: Wir tagen unter einem neuen System und wollen hoffen, daß dieses ein besseres ist als das alte. Daß uns nun aber alles von selbst in den Schoß fällt, dürfen wir nicht glauben. Wir müssen weiter kämpfen in fest geschlossenen Reihen. Die achtstündige Arbeitszeit ist bereits Gesetz geworden. Wir haben alle Ursache, dafür zu kämpfen, daß das Ertrügnis auch erhalten bleibt und weitere Verbesserungen erzielt werden. Ueber die letzten Feuerungszulagen gehen uns Klagen an, daß ihr wieder ein Herdenschuh anhängt. So soll eine Festimmung vorhanden sein, daß der den Lohn übersteigende Teil in Abzug gebracht wird. Wir verlangen von der Stadtverwaltung Aufklärung, was jeder an Feuerungszulage zu beanspruchen hat. Bei Regelung des achtstündigen Arbeitstages verlangen wir, daß Samstag die Arbeit um 1 oder 1/2 Uhr beendet ist. Länger als 8 Stunden soll täglich nicht gearbeitet werden, außer da, wo es unbedingt nötig ist. Des weiteren brachte Redner eine Eingabe des Verbandsvorstandes zur Kenntnis, die an sämtliche Stadtverwaltungen zwecks Abschluß von Tarifverträgen ergab. Für den überaus guten Veranlassungsbeifund dankend, forderte er die Anwesenden auf, auch dem Verbands treu zu bleiben, und nicht zu denken: nun sind unsere Forderungen so ziemlich erledigt, jetzt brauchen wir keinen Verband mehr. — Den Frauen, welche die Martoffeln schälen und Müchenauffälle kammeln, verweigert man die Feuerungszulage, weil das Arbeitsbetriebe seien. Kollege Kuchel wies nach, wie eigenmächtig die Stadtverwaltung vorgeht, ohne Rücksicht auf die in Frage kommenden Verbände. Er beklagte die Auszahlung der letzten Feuerungszulage, in welcher ungerechter Weise man dabei verfuhr. Die Feuerungszulage muß dem einen wie den anderen gegeben werden. Gleiches Recht für alle! Er forderte, daß man ganz energisch für die Grundlohn-erhöhung eintritt. Kollege Oberer schilderte die Verhandlungen mit den Direktoren vom Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk über die achtstündige Arbeitszeit. Hier muß verlangt werden, daß alle Feuerungen, Feuerungsanlagen usw. an geeigneten Stellen aufgehängt oder angegeschlossen werden. Damit sich jeder orientieren kann über das, was ihm zusteht. Mehrere Disziplinordner traten für die energische Forderung der Grundlohn-erhöhung ein, und forderten aber auch die Unorganisierten auf, sich so schnell wie möglich der Organisation anzuschließen: Sie sind nicht länger gewillt, für Euch die Kämpfer aus dem Feuer zu holen. — Auf Anfragen wird den Arbeitern von den Schutzwärtern der Verschieden der Stadtverwaltung zuteil, daß sie nach dem Reichs-

